E-01-206 Ja zu Europa, Mut zur Veränderung - Europas Zukunft gemeinsam gestalten

Antragsteller*in: Luise Amtsberg (KV Kiel)

Änderungsantrag zu E-01

Von Zeile 206 bis 216:
Die Türkei war und bleibt Teil der Lösung bei der Aufnahme und Versorgung von Schutzsuchenden aus dem Bürgerkriegsland Syrien und anderen Ländern der Region. Der EU-Türkei-Deal hingegen ist zynisch und streut der Öffentlichkeit Sand in die Augen. Der sogenannte 1:1 Austausch, also die Idee, für jeden aus Griechenland in die Türkei abgeschobenen Geflüchteten, einen syrischen Flüchtling von dort in der EU aufzunehmen, bleibt grundfalsch. Denn er höhlt das individuelle Recht auf Asyl aus, vergisst und überlässt alle nicht-syrischen Flüchtlinge ihrem Schicksal. Statt das EU-Türkei-Abkommen als Erfolg zu verkaufen und sogar als Blaupause für Abschottungs-Deals mit zum Teil diktatorischen Staaten anzuwenden, sollten sich die EU Mitgliedsstaaten endlich ihrer geteilten Verantwortung stellen: Der vor nunmehr einem Jahr beschlossenen Umverteilung von Flüchtlingen aus Italien und Griechenland.

~~Als größtes Aufnahme- und Transitland aus dem syrischen Kriegsgebiet ist die Türkei für Europa wichtiger Ansprechpartner in der Flüchtlingspolitik. Deshalb steht die EU in der Pflicht, mit der Türkei und anderen Ländern in der Region zusammenzuarbeiten, um die Lage von Millionen Flüchtlingen zu verbessern. Das Abkommen mit der Türkei lehnen wir in seiner heutigen Form allerdings ab. Es verschiebt die humanitäre Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten nach Griechenland und in eine immer autokratischer regierte Türkei und führt zu unmenschlichen Zuständen für die Geflüchteten. Weitere Abkommen, wie sie derzeit mit Ägypten und gegebenenfalls anderen Staaten im Gespräch sind, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte nicht gewahrt werden, sind mit einer humanitären und modernen Flüchtlings- und Asylpolitik nicht vereinbar.~~

Weitere Abkommen, wie sie derzeit mit Ägypten und gegebenenfalls anderen Staaten im Gespräch sind, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte nicht gewahrt werden, sind mit einer humanitären und modernen Flüchtlings- und Asylpolitik nicht vereinbar.

Weitere Antragsteller*innen

Manuel Sarrazin (KV Harburg Stadt); Claudia Roth (KV Augsburg); Barbara Lochbihler (KV Ostallgäu/ Kaufbeuren); Amina Touré (KV Neumünster); Konstantin von Notz (KV Hzgt. Lauenburg); Stephan Bischoff (KV Magdeburg); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Jörn Pohl (KV Kiel); Kordula Schulz-Asche (KV Main Taunus Kreis); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Franziska Brantner (KV Heidelberg); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Luca Brunsch (KV Kiel); Verena Kahl (KV Kiel); Neda Noraie-Kia (KV Düsseldorf); Marcel Ernst (KV Göttingen); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt); Christian Lux (KV Wiesbaden); Thomas Künstler (KV Mitte)